Anlage 4 der „Aufforderung zur Angebotsabgabe“

Eignung
Eigenerklärungen der Bieterin/des Bieters zu seiner persönlichen Lage
(vgl. Ziff. 3.4 der „Aufforderung zur Angebotsabgabe“)

VON DER BIETERIN/VOM BIETER AUSZUFÜLLEN!

1. Bezeichnung der Bieterin/des Bieters

.....
Name/Firma/Unternehmen/ Rechtsform

.....
Straße, Nr.

....
PLZ Wohnort/Sitz der Bieterin/des Bieters

....
Name Ansprechpartner (Kontaktperson Ausschreibung), Telefonnummer Mail

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziff. 3.4 Aufforderung zur Angabotsabgabe)

Hierzu lege ich einen Auszug (eine Kopie) aus dem **Handels- bzw. Berufsregister** oder einen vergleichbaren Nachweis der Existenz des Unternehmens vor. Der jeweilige Nachweis ist nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Angebote. Als im Handelsregister nicht eingetragener bzw. ausländischer Bieter lege ich, wie es mir gestattet ist, vergleichbare, gleichwertige Nachweise vor; die Gleichwertigkeit weise ich gleichzeitig mit der Vorlage nach. Ich bestätige, dass der jeweilige, dem Angebot beigefügte Auszug bzw. Nachweis den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt.

2. Erklärungen der Bieterin/des Bieters zu rechtskräftigen Verurteilungen (vgl. § 123 Gesetz wegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - „Zwingende Ausschlussgründe“)
(Ziff. 3.4. Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Wir erklären, dass keiner der Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegt.

Soweit Tatbestände nach den vorgenannten Vorschriften vorliegen, machen wir dazu nähere Angaben in unserem Angebot, um der Auftraggeberin die Prüfung der Ausnahmetatbestände des § 123 Abs. 5 GWB sowie nach §§ 125 und 126 GWB zu ermöglichen.

Auf Verlangen der Auftraggeberin werden wir hierzu weitere Angaben machen und Unterlagen vorlegen.

3. Weitere Erklärungen der Bieterin/des Bieters (vgl. § 124 Abs. 1 GWB - „Fakultative Ausschlussgründe“)

Wir erklären, dass keiner der Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB, insbesondere nach Abs. 2 (gemäß § 98c des Aufenthaltsgesetzes - AufenthG -, § 19 Mindestlohngesetzes - MiLoG -, § 21 des Arbeitnehmerentsendegesetzes - AEntG - und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes - SchwarzArbG) vorliegt.

Soweit Tatbestände nach den vorgenannten Vorschriften vorliegen, machen wir dazu nähere Angaben in unserem Angebot, um der Auftraggeberin eine Entscheidung über die fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB sowie nach §§ 125 und 126 GWB zu ermöglichen. Auf Verlangen der Auftraggeberin werden wir hierzu weitere Angaben machen und Unterlagen vorlegen.

4. Eigenerklärung der Bieterin/ des Bieters zum Mindestentgelt

4.1Erklärung nach § 1 MiLoG

☐ Hiermit erkläre ich, dass meinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, dass mindestens den Vorgaben des MiLoG und der gemäß § 1 Abs. 2 S. 2 MiLoG erlassenen Rechtsvordordnung entspricht

4.2 Erklärung nach § 19 MiLoG

☐ Hiermit erkläre ich, dass ich in den letzten zwei Jahren nicht wegen Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin.

4.3 Erklärung zu Nachunternehmern

☐ Hiermit verpflichte ich mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und auf Verlangen bei der Auftraggeberin vorzulegen.

4.4 Erklärung nach § 150 a GewO

Ich habe zur Kenntniss genommen, dass

☐ die öffentliche Auftraggeberin jederzeit zusätzliche Auskünfte des Gewerbezentrulregisters nach § 150a der GewO in der aktuell gültigen Fassung anfordern kann.

☐ die von mir beauftragten Nachunternehmer verpflichtet sind, der öffentlichen Auftraggeberin die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen sind.

……, …….
Ort Datum

……
Name und Unterschrift des Bieters